



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 12** vom 29. August 2005

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 bis 21.15 Uhr

---

**Leitung:** M. Metz

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Abwesend:** M. Martig, U. Rediger, S. Rysler

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 11. Sitzung vom 27. Juni 2005 wird genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Markus Metz

Brigitte Christen

**Mitteilungen des Präsidenten:**

- M. Metz begrüsst alle Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr, insbesondere Barbara Gürler, welche ab heute wieder den Platz in der Fraktion der Grünen/EVP einnimmt. Sie hat bereits Parlamenterfahrung und rückt für Kaspar Birkhäuser nach. Einleitend zitiert er von Alexis de Toqueville, welcher sich vor 200 Jahren Gedanken zum Thema Demokratie machte und die auch heute noch nichts an Aktualität eingebüsst haben.
- Das Büro hat folgende Stimmzähler bestätigt: neu Daniel Gorba, SP sowie die bisherigen Jürg Humbel, FDP und Christoph Meier, SVP.
- Am Platz von allen Mitgliedern liegt eine Einladung zur Einweihung des Kunstrasenfeldes St. Margarethen, welche am nächsten Wochenende stattfindet.
- Die Verwaltung weist darauf hin, dass das Allmendreglement zwar versandt worden ist, doch die entsprechende Verordnung wird diesen Herbst vorliegen. Erst dann kann das neue Reglement in Kraft treten.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:** keine

**Traktandenliste:**

	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2005: <b>Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008</b>	<b>73</b>
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2005: <b>Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 417'000.— für die Dorfplatzerweiterung im Quartierplan Nr. 1a, Areal Heyer</b>	<b>76</b>
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.4.2005 sowie Bericht der Bau- und Planungskommission vom 11.8.2005: <b>Genereller Entwässerungsplan (GEP)</b>	<b>18</b>
4. Postulat FDP-Fraktion vom 8.12.2004: <b>Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit</b> Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	<b>34</b>
5. Interpellation CVP-Fraktion vom 27.6.2005: <b>Stellungnahme des Gemeinderats an die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft zum ILS auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse</b> Schriftliche Antwort des Gemeinderats	<b>74</b>
6. <b>Diverses</b>	

## Traktandum 1

Geschäft Nr. 73

Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2005:

**Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008**

Eintreten:

**Grüne/EVP:** *M. Schmidli* schlägt Rahel Bänziger als Mitglied der BPK vor. Sie hat Naturwissenschaften studiert und anschliessend in Molekular- und Zellbiologie doktoriert. Sie ist Mutter von zwei kleinen Kindern und kann somit nicht zuletzt die Sicht als Familienfrau einbringen.

**://: Als Mitglied der Bau- und Planungskommission wird Rahel Bänziger, Grüne, einstimmig gewählt.**

## Traktandum 2

Geschäft Nr. 76

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2005:

**Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 417'000.— für die Dorfplatzerweiterung im Quartierplan Nr. 1a, Areal Heyer**

Eintreten:

**FDP:** *A. Eichenberger* nimmt vorweg, dass die Fraktion von der Vorlage enttäuscht ist. Zum einen kommt sie nicht termingerecht vor das Parlament. Immerhin wurde der Gemeinderat bereits im November letzten Jahres darüber informiert, dass ein Teil der Neuüberbauung Ende dieses Jahres fertig gestellt und bezogen wird, was bedeutet, dass die Arbeiten im laufenden Jahr ausgeführt werden müssen. Es fehlen Detailinformationen, auch der Plan ist nicht vollständig und vor allem sind die Kosten zu hoch. Überdies bleibt unverständlich, was der dritte Antrag mit den beiden ersten zu tun hat, zumal die Sammelstelle nicht in den zur Debatte stehenden Bereich zu stehen kommt. Die Fraktion hat erwogen, das Geschäft an den Gemeinderat zurück- bzw. an die BPK zu überweisen. Aus Zeitgründen sieht sie sich gezwungen, auf die Vorlage einzutreten.

**SP:** *G. Köhler* gibt bekannt, dass seine Fraktion Eintreten beschlossen hat.

Detailberatung:

**CVP:** *H. Senn* teilt mit, dass seine Fraktion allen Anträgen zustimmen wird. Bereits mit dem Beschluss zum Quartierplan im Februar 2002 war klar, dass dieses Geschäft dem Einwohnerrat unterbreitet werden wird. Bekanntlich will die Migros Ende Jahr den Neubau beziehen, weshalb bis dann der Dorfplatz sowie der Veloweg in diesem Bereich umgestaltet sein müssen. Ideal wäre selbstverständlich, wenn der Rat heute über das Gesamtkonzept beschliessen könnte. Seine Fraktion beurteilt die Teilvorlage positiv und wird den Kredit bewilligen, obwohl die Kosten auf den ersten Blick hoch erscheinen. Aufgrund zusätzlich eingeholter Auskünfte sind diese jedoch gerechtfertigt. Die Kritik der FDP, dass das Geschäft spät vorgelegt wird, teilt jedoch auch seine Fraktion. Die Zeit drängt, denn die Arbeiten müssen noch vor Beginn der kalten Jahreszeit ausgeführt werden. Eine Rückweisung steht deshalb ausser Frage.

**SP:** *G. Köhler:* Aus seiner persönlichen Sicht spielt es keine entscheidende Rolle, ob der Platz einen Monat früher oder später fertig gestellt sein wird. Bei den Velounterständen legt die Fraktion Wert darauf, dass diese gedeckt und auch für Veloanhänger zweckmässig sind, d. h. ohne Aufhängvorrichtung.

**FDP:** *A. Eichenberger:* Unverständlich ist, dass die Ausgaben gemäss Antrag 2 und 3, welche noch im 2005 getätigt werden, ins Budget 2006 eingestellt werden müssen und diese über Spezialfinanzierungen, konkret über Abwasser- bzw. Abfallgebühren, getätigt werden sollen. Die Investitionskosten von 417'000 Franken sind deutlich zu hoch, insbesondere der Betrag von 23'000 für Unvorhergesehenes/Diverses und zusätzlich die Reserve von 20 % oder 83'400. Daher stellt ihre Fraktion den Antrag, für die Investition ein Kostendach von 417'000 Franken inklusive Erstellung des Dorfbrunnens festzulegen.

**SVP:** *F. Gerber* begrüsst grundsätzlich die Umgestaltung des Dorfplatzes. Auch in seiner Fraktion stellte sich aber die Frage, wie es zu diesem Zeitdruck kommen konnte. An der Vorlage wird die fehlende Kostentransparenz bemängelt; gerne wüsste man, wie viel das Dorfplatz-Projekt insgesamt kostet. Der FDP-Antrag wird unterstützt: Der Brunnen sollte im Kredit von 417'000 Franken eingeschlossen sein und die Abwassergebühren dürfen damit nicht belastet werden. Ebenfalls sind die vorgesehenen Ausgaben von 85'000 Franken für die Bepflanzung zu hoch; des Weiteren nicht nachvollziehbar ist die Höhe der Ausgabe für die Abbrucharbeiten, handelt es sich doch lediglich um zwei Mauern.

**Grüne/EVP:** *B. Gürler:* Ihre Fraktion beurteilt die Erweiterung des Dorfplatzes positiv. Nicht ausser Acht gelassen werden darf, dass sich eine Bevölkerungsmehrheit anlässlich der Zukunftswerkstatt für ein attraktives, lebendiges Dorfzentrum ausgesprochen hat. Es gilt, das Beste aus den vorhandenen Gegebenheiten heraus zu holen. Die Anregung der SP-Fraktion für gedeckte Velounterstände wird befürwortet. Der beantragte Kredit ist angemessen. Das Projekt darf nicht wegen Kleinkrämerei verzögert werden. Der Gemeinderat wurde seinerseits zeitlich unter Druck gesetzt und hat innert nützlicher Frist gehandelt.

**FDP:** *M. Ziegler* erwidert, dass es nicht um Kleinkrämerei geht. Es ist nicht das erste Mal, dass der Gemeinderat ein Geschäft zu spät und unvollständig vorlegt. Es erscheint unlogisch, dass der Brunnen und die Sammelstelle ins Budget 2006 aufzunehmen sind, wenn beides doch heute bereits beschlossen werden soll. Wie bereits erwähnt wurde, akzeptiert die FDP-Fraktion nicht, dass diese Investitionen über das Konto Abwasser bzw. Abfall verbucht werden. Ausserdem plädiert er dafür, dem Antrag für ein Kostendach zuzustimmen.

**SP:** *S. Zürcher* zeigt ein gewisses Verständnis für die Verärgerung bezüglich spätem Termin. Hingegen wehrt er sich vehement dagegen, dass die Gegenseite dem Gemeinderat und der Verwaltung unterstellt, dass Offerten nicht seriös eingeholt bzw. Kosten bewusst hoch eingesetzt würden, damit nachher genügend Spielraum bleibt. Dies kommt einer Desavouierung gleich. Klar lehnt er den Antrag der FDP ab, welcher einerseits das Kostendach auf 417'000 Franken festlegen und gleichzeitig die Ausgabe für den Brunnen von 40'000 darin einschliessen will. Dies hiesse das Fuder überladen.

*Präsident M. Metz* bittet um Präzisierung des Antrags der FDP-Fraktion. Soll das Kostendach für alle drei Anträge gelten oder nur für Antrag 1 und 2.

**FDP:** *A. Ziegler* hält fest, dass das Kostendach für die Dorfplatz-Erweiterung und den Brunnen gilt. Bei Antrag 3 möchte er wissen, weshalb die Sammelstelle jetzt beschlossen werden muss. Als Kompromiss ist er bereit, das Kostendach auf 457'000 Franken, d. h. inkl. Brunnen, festzusetzen.

*Präsident M. Metz* ergänzt, dass der Betrag von 40'000 nicht der Abwasserkasse belastet werden darf.

**SP:** *G. Köhler* lehnt dieses Vorgehen ab. Auf diese Weise muss die kleinste Kostenüberschreitung erneut vom Rat bewilligt werden, was keinen Sinn macht. Mehrfach hat er in vergleichbaren Fällen erlebt, dass Vorlagen an die BPK überwiesen, aufgrund der nachgelieferten Detailinformationen dann jeweils die Gemeinderatsanträge deutlich befürwortet wurden.

**SVP:** *M. Trautwein* schliesst sich diesem Votum nicht an. Er findet es stossend, wenn für Unvorhergesehenes 20 % einkalkuliert werden sowie zusätzlich 23'000 Franken. Seine Fraktion wird den Antrag der FDP gutheissen.

**SP:** *A. Braun* wendet ein, dass er die Angaben anders versteht und seines Erachtens für Unvorhergesehenes rund 5 % zur Verfügung stehen, was völlig im Rahmen liegt.

**CVP:** *H. Senn* verweist darauf, dass bei Baugeschäften eine Kostenschätzung von  $\pm 20\%$  allgemein üblich ist. Auch er kommt wie der Vorredner für "Unvorhergesehenes" auf 5 %, was Usanz ist. Der Gemeinderat hat im Übrigen in den letzten Jahren Abrechnungen vorgelegt, welche oft günstiger ausfielen bzw. bei Kreditüberschreitungen waren diese stets klar belegt und begründet. Seiner Auffassung nach verdienen Gemeinderat und Verwaltung das Vertrauen des Einwohnerrats. Auf ein Kostenlimit soll verzichtet werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Mati* erklärt, dass sämtliche Brunnen über das angegebene Konto als Spezialfinanzierung verbucht werden. Der Abteilungsleiter ist derzeit abwesend, weshalb sie die genauen Gründe dafür nicht in Erfahrung bringen konnte. Wenn in diesem Fall eine Ausnahme gemacht würde, müsste die Praxis generell geändert werden.

*Gemeinderätin A. Schuler* geht auf die konkreten Fragen ein: Die Mauer muss auf dem gesamten Areal abgebrochen werden; die Kosten ergeben sich aufgrund der Quadratmeterzahl multipliziert mit einem vorgegebenen Standardpreis. Das gleiche gilt für die Werkleitungen, ebenso für den Belag, für welchen der kostengünstigere Asphalt anstelle von z. B. teurem Kopfsteinpflaster geplant ist. Als Bepflanzung ist eine einzelne Ulme auf dem Dorfplatz vorgesehen. Hier setzen sich die Kosten wie folgt zusammen: Preis des Baums, für das Einpflanzen werden 30 % gerechnet, d. h. total rund 6000 Franken. Hinzu kommt entlang dem Veloweg eine Begrünung in Form einer Rabatte (ca. 11'000) und eine Anlage mit Bänken als Platzabschluss Richtung Gemeindeverwaltung. Es sind Ahornbäume geplant, welche Schatten spenden, robust sind und innert nützlicher Frist eine gewisse Grösse erreichen. Die ursprüngliche Anzahl Bäume wurde bereits um einen Viertel gekürzt. Bezüglich Velounterstände: Diese sind gedeckt; geplant sind 19 Einheiten zu 950 Franken. Weitere Veloabstellmöglichkeiten werden von der Migros erstellt.

Abschliessend dankt sie dem Rat, dass er auf das Geschäft eingetreten ist. Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, diesen zentralen Platz optimal zu gestalten. Zum zeitlich Ablauf ist festzuhalten, dass der Gemeinderat umgehend die Planung eingeleitet hat. Während der letzten zwei Monate fand bekanntlich keine Einwohnerrats-Sitzung statt, weshalb die Zeit drängt. Sie fände es überaus positiv, wenn das Parlament über seinen Schatten springen könnte und so weitere Verzögerungen vermieden würden.

**FDP:** *C. Fünfschilling* vermisst die Antwort auf die Frage, weshalb die Kosten für den Brunnen und die Sammelstelle ins Budget 2006 aufzunehmen sind, obwohl sie heute beschlossen werden sollen.

**SP:** *A. Braun* will erfahren, ob sich die Bauherrschaft an den Kosten für den Veloweg beteiligt. Zudem würde es ihn interessieren, weshalb das Areal neu Holepark heissen wird.

**Grüne/EVP:** *U. von Bidder* fragt, ob die Migros für Aussenverkaufsstände allenfalls den Dorfplatz benützen wird oder welche Regelung diesbezüglich besteht.

**SP:** *V. Dubi* geht von der Annahme aus, dass die Beträge für den Brunnen und die Sammelstelle ins Budget aufzunehmen sind, weil z. B. für den Dorfbrunnen vorgängig Wasserzu- bzw. -ableitungen erstellt werden müssen. Wenn dies nicht zutrifft, kann auch sie sich nicht erklären, weshalb die Beträge ins Budget gehören.

**SP:** *S. Brenneisen:* Nachdem die Hauptstrasse im Bauabschnitt aufgerissen ist, stellt sich die Frage, ob die Anpflanzung einiger Bäume vorgesehen ist.

*Gemeinderat J. Saxer* äussert sich zur Frage der Budgetierung: Alles, was im nächsten Jahr gebaut wird, ist auch ins Budget 2006 aufzunehmen. Doch wenn die Aussage von V. Dubi stimmt, so gehören die Arbeiten für die Wasserleitungen in den Kredit.

*Gemeindepräsident C. Simon* fasst zusammen: Wenn der Einwohnerrat heute der Vorlage zustimmt, werden die Vorarbeiten eingeleitet, die Details geplant, die Arbeiten müssen ausgeschrieben, die Offerten eingeholt werden usw. Selbstverständlich wird die Abrechnung erst nächstes Jahr

vorliegen. Bei den Anträgen 2 und 3 handelt es sich um Spezialfinanzierungen, welche ohnehin ins Budget 2006 eingestellt werden müssen.

Im Weiteren ist festzuhalten: Davon, dass die Migros auf diesem Areal bereits Ende 2005 einen Laden eröffnen will, erfuhr der Gemeinderat erst, nachdem das Budget für dieses Jahr bereits abgeschlossen war. Weil die Platzverweiterung effektiv erst nächstes Jahr fertig gestellt sein wird, vertritt er die Auffassung, dass es korrekt ist, die Kosten nun ins anstehende Budget 2006 aufzunehmen. Das Parlament wird jedoch auch die Möglichkeit haben, diese Ausgaben mit der Rechnung 2005 zu genehmigen.

*Gemeinderätin A. Schuler* erläutert den Terminplan: Unproblematisch ist die Abfallsammelstelle, welche unabhängig von der Platzumgestaltung erstellt werden kann. Sie wird erst in Angriff genommen, wenn auch die übrigen Arbeiten in diesem Sektor anfallen. Deshalb ist es korrekt, diese Ausgabe im Budget 2006 zu berücksichtigen. Verhandlungen mit der Migros betreffend Kostenbeteiligung finden Ende September statt. Bezüglich Dorfbrunnen ist das Verlegen der Wasserleitungen für Ende Jahr vorgesehen; je nach Fortschritt oder Verzögerung bei den Neubauten könnte dies aber auch Anfang Januar der Fall sein. Dies hängt nicht zuletzt von den Wetterverhältnissen ab.

Zur Frage von U. v. Bidder: Im Zusammenhang mit dem Quartierplan, mit Landabtausch etc. sind diverse Verträge mit der Bauherrschaft ausgearbeitet worden. Letztere wird sich mit ca. 100'000 Franken am Veloweg im südlichen Abschnitt beteiligen. Ausserdem hat die C & S-Immobilien der Gemeinde 336 m<sup>2</sup> Land unentgeltlich abgegeben. Es konnte zu einem vorteilhaften Preis Stockwerkeigentum für die Gemeindebibliothek erworben werden. Zudem besteht das Recht, rund 200 m<sup>2</sup> für die Verbreiterung des Velo- und des Fussgängerwegs unentgeltlich zu benutzen. Die öffentliche Beleuchtung kann auf dem privaten Areal erstellt werden; die Gemeinde hat das kostenlose Durchgangsrecht auf dem privaten Grundstück für die Verbindung von der Hauptstrasse zum Dorfplatz erhalten. Der Vorplatz der Migros wird von der Bauherrin erstellt und bezahlt. Zum Namen "Holeepark" hat der Gemeinderat keine Möglichkeit zur Einflussnahme.

Die Anpflanzung von Bäumen entlang der Hauptstrasse steht im Moment nicht zur Diskussion. Das Fachgremium für Bau- und Planungsfragen wird die Angelegenheit mit der Bauherrin angehen und wird dem Gemeinderat gelegentlich Vorschläge unterbreiten.

**FDP:** *J. Humbel* gibt folgendes zu bedenken: Wie A. Schuler informierte, laufen derzeit Verhandlungen mit der Migros betreffend Kostenbeteiligung an der Sammelstelle. Wenn der Rat heute Abend dem Antrag 3 zustimmt, wird sich der Grossverteiler wohl kaum mehr veranlasst sehen, einen Anteil zu zahlen. Seines Erachtens ist es daher unklug, die Sammelstelle ins nächste Budget aufzunehmen.

**FDP:** *M. Ziegler* möchte eine konkrete Aussage vom Gemeinderat hören, wann denn der Platz fertig gestellt sein wird, ob bereits Ende dieses Jahrs oder erst im 2006.

*Gemeinderätin A. Schuler* erläutert, dass jetzt die Vorarbeit getan werden muss, was bedeutet: die Ausschreibungen veranlassen, Offerten prüfen. Ohnehin müssen die Bauinstallationen entfernt sein, bevor mit den Arbeiten begonnen werden kann. Der Wunsch von Bauherrin und Migros ist es, dass insbesondere der Zugangsbereich vom Dorfplatz her wenn irgend möglich bis zum Einzugstermin der Migros Ende Jahr fertig gestellt ist. Doch werden der Bau der weiteren Gebäude sowie die Dorfplatzverweiterung erst nächstes Jahr abgeschlossen werden können.

*Präsident M. Metz:* Im Antrag der FDP wird der Betrag für die Investitionsausgabe auf CHF 457'000 erhöht, d. h. inkl. Brunnen und beides ist mit der Rechnung 2005 zu genehmigen. Anschliessend wird über den unbestrittenen Antrag 3, die Sammelstelle, abgestimmt.

**SP:** *V. Dubi* vergewissert sich, ob der FDP-Antrag noch den Begriff Kostendach enthält oder nicht, gegen welchen ihre Fraktion Einspruch erhebt.

*Präsident M. Metz* fragt seine Fraktion, ob sie mit der Streichung "mit einem Kostendach" einverstanden ist. Der Antrag würde demnach lauten:

*Die Investitionsausgabe von CHF 457'000 für die Erweiterung des Dorfplatzes inkl. der Erstellung eines Dorfbrunnens zu Lasten des Kontos 020.503.05 wird bewilligt.*

**FDP:** *M. Ziegler:* Auf die Formulierung "Kostendach" wird verzichtet. Er legt jedoch Wert darauf, dass der Brunnen nicht als Spezialfinanzierung, sondern als Investition verrechnet wird.

**SP:** *F. Dietiker* erkundigt sich, wie die Aussage von A. Mati bezüglich Schaffung eines Präjudizes bei der Spezialfinanzierung des Dorfbrunnens zu verstehen ist.

*Gemeinderätin A. Mati* antwortet, dass bisher alle Brunnen als Spezialfinanzierung verbucht wurden. Es ist deshalb nicht ersichtlich, weshalb bei diesem Brunnen eine Ausnahme gelten sollte. So viele Brunnen besitzt die Gemeinde Binningen auch wieder nicht. Wenn schon müsste allgemein eine Änderung erwogen werden. Sie ist bereit, diese Frage abzuklären.

**SP:** *S. Zürcher* unterbreitet den Vorschlag, dass der Kredit von 457'000 Franken genehmigt wird, und es in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, wie er die Kosten für den Brunnen verbucht.

*Präsident M. Metz* gibt zu bedenken, dass der FDP-Antrag ausdrücklich verlangt, dass auch der Brunnen über das Investitionskonto bewilligt wird. Wird jedoch der Gemeinderatsantrag angenommen, bedeutet dies, dass der Brunnen über die Abwassergebühr, d. h. den Steuerzahlenden belastet wird.

**FDP:** *M. Ziegler* erwähnt, dass seines Wissens der Brunnen mit kostenlosem Wasser von den IWB gespiesen wird, dass es s. E. insbesondere um die Montage des Brunnens und dessen Unterhalt geht. Es erscheint unlogisch, dass damit die Abwasserkasse belastet wird.

**CVP:** *K. Amacker* meint, dass heute den gemeinderätlichen Anträgen zugestimmt werden sollte. Zur grundsätzlichen Abklärung der Brunnen-Finanzierungsfrage könnte sich bei Bedarf eine Spezialkommission mit dem Thema befassen.

*Gemeinderätin A. Schuler* macht darauf aufmerksam, dass die Abklärung dieser Frage berechtigt ist, weil die Gemeinde zwei weitere Brunnen geschenkt erhielt, nämlich den Basiliken-Brunnen, von Basel-Stadt sowie jenen der Bürgergemeinde zum 1000 Jahr-Jubiläum.

*Gemeinderätin A. Mati* korrigiert die Aussage von M. Ziegler. Die IWB stellen das Brunnenwasser nicht gratis zur Verfügung. Das in die Kanalisation abfliessende Wasser wird nicht zufällig der Abwasserkasse belastet. Auch besteht kein Grund, Investitionen zwingend über die Einwohnerkasse abzurechnen. Schliesslich werden die Massnahmen des GEP auch über Spezialfinanzierungen verbucht.

**://: Der oben zitierte Antrag der FDP-Fraktion wird mit 18 Ja zu 19 Nein abgelehnt.**

Mit 29 Ja, 5 Nein bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 2.1. Die Investitionsausgabe von CHF 417'000.— für die Erweiterung des Dorfplatzes zu Lasten des Kontos 020.503.05 wird bewilligt.**

Mit 22 Ja, 7 Nein bei 8 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 2.2. Die Kosten von CHF 40'000.— für einen Dorfbrunnen werden zu Lasten des Kontos 710.314.01 ins Budget 2006 aufgenommen.**

Mit 21 Ja, 8 Nein bei 8 Enthaltungen wird beschlossen:



**://: 2.3 Die Kosten von CHF 50'000.— für eine neue Sammelstelle für Altglas und Weissblech/Aluminium werden zu Lasten des Kontos 720.314.01 ins Budget 2006 aufgenommen.**

### Traktandum 3

Geschäft Nr. 18

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.4.2005 sowie Bericht der Bau- und Planungskommission vom 11.8.2005:

#### **Genereller Entwässerungsplan (GEP)**

*BPK-Präsident M. Trautwein:* Die speditive Beratung in nur einer Sitzung war möglich, weil die Fraktionen ihre Fragen vorgängig stellten und die Verwaltung diese kompetent und verständlich beantwortete. Das verdichtete Bauen verursacht unter anderem, wie dieses Beispiel aufzeigt, hohe Kosten. Erfreulich ist, dass aufgrund der guten Finanzlage die erste Etappe bis zum Jahr 2011 bereits gesichert ist.

#### Eintreten:

**SP: F. Dietiker:** Wie bereits in der Eintretensdebatte im April festgestellt, möchte er - trotz Zustimmung zum GEP - nochmals kritisch auf zwei Aspekte hinweisen. Der Zeithorizont von 40 Jahren zur Umsetzung des Konzepts erscheint der Fraktion als visionslos. Von grosser Bedeutung für die Realisierung wird das neue Abwasserreglement sein. Darin können entscheidende Anreize für die 600 betroffenen Eigentümer/innen festgelegt werden, welche eine zügigere Realisierung ermöglichen. Es ist deshalb störend und entspricht zudem nicht WOV, wenn bestehende personelle Engpässe auf der Verwaltung zu Verzögerungen führen sollten.

**Grüne/EVP: R. Bänziger** teilt die Meinung des Vorredners, nämlich dass 40 Jahre zur Umsetzung zu lange sind. Es ist zu befürchten, dass sich die klimatische Situation infolge globaler Erwärmung mit einhergehenden Wetterextremen, wie Trockenheit und Überschwemmungen, zunehmend verschärfen wird. Wasser ist ein kostbares Gut und erfordert einen entsprechend sorgfältigen Umgang. Ein Drittel der Mischwasser-Entlastungen (Regenwasser und Abwasser) erfüllen heute in Binningen die kantonalen Richtlinien nicht. Bei starken Regenfällen fliesst noch ein viel zu hoher Anteil der Wassermenge direkt in Bäche. Die Gemeinde ist verpflichtet, den Plan zu realisieren, weshalb also die Sache nicht um zehn Jahre beschleunigen. Wenn Binningen die Steuern senken kann, so dürfen weder finanzielle noch personelle Engpässe geltend gemacht werden. Binningen darf sich ambitionierte Ziele setzen. Bezüglich der 600 Privatparzellen möchte sie vom Gemeinderat noch erfahren, welche Auswirkungen eine Beschränkung auf 30 Jahre hätte.

Ihre Fraktion stellt folgenden Antrag: *Die Gemeinde setzt sich zum Ziel, den GEP innert 30 Jahren zu realisieren.*

**FDP: M. Bolleter** vertritt die Fraktionsmeinung, dass mit dem geplanten Konzept eine vernünftige Variante vorliegt. Der GEP wird die technische Richtlinie für das neue Abwasserreglement bilden. Vierzig Jahre sind realistisch, denn es ist schwierig, die Umsetzung der einzelnen Etappen vorauszusehen. Es handelt sich dabei um ein Generationenprojekt. Im Jahr 2011 soll der Gemeinderat dem Parlament unbedingt einen Zwischenbericht unterbreiten. Bis dann kann auch die Gesamtdauer besser abgeschätzt werden. Befremdend ist, dass ein "Rahmenkredit" von 30.1 Mio. beantragt wird, obschon es gleichzeitig in Antrag 2 heisst, dass die einzelnen Tranchen mittels separater Kreditvorlagen zu genehmigen sein werden. Der genannte Betrag ist kaum realistisch für ein Projekt, welches voraussichtlich 40 Jahre beanspruchen wird.

**CVP: A. Achermann** erklärt, dass seine Fraktion die Anträge des Gemeinderats bzw. die identischen der BPK sowie den Zeitplan von 40 Jahren befürwortet.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Mati:* Selbstverständlich handelt es sich beim Rahmenkredit um eine Kostenschätzung aus heutiger Sicht. Bei der Projektumsetzung sind nicht nur die Gemeinde und private Grundstückbesitzer/innen sowie das Gewerbe sondern auch der Kanton involviert. Weil bei der Finanzierung des Generationenprojekts die eine Seite entlastet, die andere mehr belastet werden wird, muss ein verträgliches Verhältnis gefunden werden. Der Zeitplan ist ebenfalls eine Schätzung. Falls eine Beschleunigung möglich ist, wird sich der Gemeinderat bestimmt nicht dagegen wehren. Spätestens im 2011, wird der Gemeinderat eine Zwischenbilanz ziehen und dem Parlament einen Bericht unterbreiten.

Zu den Auswirkungen auf die Privateigentümer/innen: Das Gesetz schreibt vor, dass bei Neubauten und umfassenden Sanierungen die Massnahmen des GEP beachtet werden müssen. Dazu, wie es sich verhält, wenn die Gemeinde ihrerseits die erforderlichen Massnahmen z. B. in einer Strasse realisiert, ob dann Anstösser/innen ihre Anschlüsse erneuern lassen müssen, kann sie im Moment keine verbindliche Aussage machen. Beim Hochwasserschutz bzw. der Revitalisierung des Dorenbachs handelt es sich um einen separat zu regelnden Bereich, für welchen der Kanton federführend ist. Diesbezüglich laufen Verhandlungen zwischen Binningen, Allschwil als auch den Kantonen Basel-Stadt und -Landschaft.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

- ://: 3.1. Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) wird mit einem Rahmenkredit von CHF 30.1 Mio. genehmigt.**
- 3.2. Die einzelnen Kredittranchen werden zu Lasten der betreffenden Jahres- resp. Globalbudgets oder mittels separater Vorlagen dem Einwohnerrat vorgelegt.**
- 3.3 Der Gemeinderat wird beauftragt, das Kanalisationsreglement vom 26. September 1983 zu überarbeiten, sobald die sich derzeit in der Vernehmlassung befindende kantonale Gewässerschutz-Verordnung beschlossen ist.**

**://: Der Zusatzantrag der Grünen/EVP-Fraktion (Umsetzung innert 30 Jahren) wird mit 11 Ja, 21 Nein bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**  
(36 Anwesende)

## Traktandum 4

## Geschäft Nr. 34

Postulat FDP-Fraktion vom 8.12.2004:

**Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit**

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Gehrig:* Das Anliegen des Postulats ist berechtigt. Bereits im letzten und im aktuellen Legislaturprogramm ist festgehalten, dass der Gemeinderat einerseits die Zusammenarbeit auf sämtlichen Gebieten aktiv sucht und prüft, andererseits muss besonders auch dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit Rechnung getragen werden, was bessere Lebensqualität bedeutet. Der Postulant hat insbesondere den Zivilschutz und die Feuerwehr im Visier. Die Feuerwehr von Binningen ist hervorragend bezüglich Dienstleistung und Ausbildungsstand; sie ist zudem gut ausgerüstet und motiviert. Dies attestiert auch der Kanton jährlich anlässlich der Inspektion. Aus diesem Grund besteht diesbezüglich derzeit kein Handlungsbedarf. Anders verhält es sich beim Zivilschutz. Dort bestehen Probleme u. a. beim Kader und betreffend Ausbildung, die zu beheben sind.

Eintreten:

**FDP:** *M. Ziegler* findet es an sich positiv, dass der Gemeinderat eine offene Haltung einnimmt. Enttäuscht ist er dennoch, weil die Stellungnahme keinerlei neue Ideen enthält und nichts Konkretes vorsieht. Was die Feuerwehr anbelangt, wünscht er, dass der Gemeinderat die Option einer Fusion zumindest prüft. Beim Zivilschutz drängt sich ein Zusammenschluss geradezu auf. Diese sollte vom Gemeinderat zügig vorangetrieben werden. Eine Kooperation muss nicht zwingend kann aber zu einer Qualitätssteigerung und zu mehr Sicherheit führen. Wenn gleichzeitig Einsparungen erzielt werden können, wäre dies ein positiver Nebeneffekt. Deshalb hält er es für richtig, das Postulat dem Gemeinderat zu überweisen.

**SP:** *T. Rehmann:* Nach dem katastrophalen Unwetter in der Schweiz hat der Stellenwert der Feuerwehr in den Gemeinden noch an Bedeutung gewonnen. Sie hat den Vorteil, dass sie mit dem Örtlichkeiten vertraut und gut vernetzt ist. Auf diese Vorteile möchte kaum jemand verzichten. Unbestritten ist auf beiden Seiten, dass der Gemeinderat Abklärungen bezüglich Zivilschutz treffen soll. Ihre Fraktion beantragt, das Postulat nicht nur zu überweisen, sondern gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

**FDP:** *M. Ziegler* ist gegen diesen Antrag. Seines Erachtens soll der Gemeinderat in die Pflicht genommen werden, und zwar nicht nur beim Zivilschutz, sondern auch im Bereich Feuerwehr das Anliegen zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

**SVP:** *M. Trautwein* weiss aus persönlicher Erfahrung, dass die Feuerwehren bereits heute sehr eng zusammenarbeiten. Hingegen bestehen beim Zivilschutz einige Probleme, welche angegangen werden müssen. Das Postulat soll überwiesen aber nicht abgeschrieben werden.

Mit 33 Ja, 2 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b> <b>Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.</b>
---

**://:**     **Mit 13 Ja, 23 Nein bei 1 Enthaltung wird der Antrag der SP-Fraktion auf Abschreibung abgelehnt.**

**Traktandum 5****Geschäft Nr. 74**

Interpellation CVP-Fraktion vom 27.6.2005:

**Stellungnahme des Gemeinderats an die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft zum ILS auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse**

**CVP:** A. *Achermann* dankt dem Gemeinderat für seine Ausführungen.

**Die Interpellanten erklären sich von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats befriedigt.**

**Traktandum 6****Diverses**

*Beantwortung einer schriftlichen Anfrage an den Gemeinderat aus der Bevölkerung betreffend Hilfeleistung durch den Zivilschutz Binningen zur Behebung der Unwetterschäden*

**Stellungnahme des Gemeinderats:** B. *Gehrig* hält fest, dass die ersten diesbezüglichen internen Gespräche unmittelbar nach Bekanntwerden des Schadenausmasses aufgenommen worden sind. Der Gemeinderat hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, dass Hilfe angeboten wird. Daraufhin wurde Kontakt zum Kanton aufgenommen, welcher die Zivilschutz-Einsätze koordiniert. Binningen wird vom 19. bis 23. September im Rahmen des Wiederholungskurses der ZS-Kompanie mit rund 100 Mann in den Kantonen Nid- und Obwalden aktiv helfen. Alle Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz übernimmt der Kanton Baselland. Diverse ZS-Organisationen werden zwischen September und November Dienst leisten. An dieser Stelle dankt er dem Zivilschutz für dessen spontane Zusage.